

## ■ Öl und Souveränität

*Rüdiger Graf, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 103), Berlin (De Gruyter Oldenbourg) 2014, XII und 442 S., 5 Abb., 54,95 €*

An Rohstoffen kristallisieren sich heute vielerlei Hoffnungen und Befürchtungen. Die einen sehen ein düsteres Zeitalter globaler Ressourcen-Kriege heraufziehen. Sie sprechen auch von einem Ressourcenfluch, wonach jene Länder, die mit natürlichem Reichtum gesegnet sind, eine inhärente Tendenz zu Korruption und Verarmung aufweisen, was sie wiederum verwundbar macht für Ausbeutungsstrategien von außen. Andere sehen in der Energie ein Medium zukunftsgerichteter Gesellschaftsreflexion. Neuen Technologien wird ein hohes Veränderungspotenzial zugeschrieben. Sie sollen eine »2000 Watt-Gesellschaft« ermöglichen, die aus dem heutigen Wachstumszwang auszubrechen und einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen imstande ist. Der ökologische Umbau moderner Lebensstile erscheint als das wirksamste Antidot gegen den desaströsen Klimawandel.

Die vorliegende Studie geht – weit über den thematisch-zeitlichen Schwerpunkt hinaus – davon aus, dass in Debatten um Energie – in diesem Falle um Erdöl – Selbstbilder von Gesellschaften verhandelt werden. Sie zeichnet nach, wie Forschung, Wissenschaft und Öffentlichkeit laufend neues Wissen generieren, das transnational, interkontinental und zwischen verschiedenen, staatlichen und non-gouvernementalen Institutionen und Akteuren zirkuliert. Als zentrale Figur in diesem globalen Wissensmanagement erweist sich der Experte. Rüdiger Graf zeigt, dass im Übergang zu den 1970er Jahren keine »Havarie der Expertenkultur« stattfand (wie eine ältere These behauptete). Vielmehr wurde Expertise in allen zuständigen Gremien und Handlungsbereichen immer wich-

tiger und – aufgrund des Spezialisierungszwangs – auch heterogener. Es beschleunigte sich der Aufstieg einer Beratungsindustrie, welche die Politik bis heute nicht nur mit Fachkompetenz ausstattet, sondern auch stärker als vorher zum Spielball von Interessengruppen macht.

Diese Gegenwartspänomene weisen eine komplexe Vorgeschichte auf. Die Studie geht von der starken These aus, dass die erste Hälfte der 1970er Jahre, präziser die Jahre 1971 bis 1973, den entscheidenden Wendepunkt und »Beginn unserer Zeit« darstellen. Weit über die Energiepolitik hinaus bildeten sich damals Problemkonstellationen heraus, »die uns im Wesentlichen heute noch gegenwärtig sind«. Der Autor beschränkt sich damit nicht auf die präzise Beschreibung einer Episode, die sich vor über 40 Jahren abspielte, sondern er situiert sein Thema in einer Geschichte der Gegenwart. Dies setzt eine thematisch-theoretische Horizonterweiterung voraus, die vortrefflich gelingt.

Empirisches Kernstück der Studie ist die Erdölkrise, die im Herbst 1973 die politische Öffentlichkeit rund um den Globus in ihren Bann zog. Dieses Ereignis war, wie ein instruktives Kapitel über »die Welt des Öls in den 1950er und 1960er Jahren« verdeutlicht, kein Blitz aus heiterem Himmel. Doch herrschten vorher Zukunftszuversicht und Regelvertrauen, so griff nun Unsicherheit um sich – und in diesem Moment war die symbolische Kommunikation der »arabischen Ölwanne« besonders effektiv. Es standen sich allerdings keineswegs zwei geschlossene Lager gegenüber. Innerhalb der Front von OAPEC (Organisation of Arab Petroleum Exporting Countries) beziehungsweise OPEC (Organisation of Petroleum Exporting Countries) herrschten beträchtliche Spannungen. Dasselbe gilt für die entwickelten Industrieländer, die aufgrund des raschen Wirtschaftswachstums und des Durchbruchs in die Konsumgesellschaft immer mehr Energie verbrauchten. Die Kapitel zu den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland machen

deutlich, wie heterogen und widersprüchlich die Interessenlage auf beiden Seiten war. Den Kämpfen um die Deutungshoheit über die Angebotspolitik und um die Ausgestaltung der Embargomaßnahmen wohnte ein hoher Grad an Kontingenz inne, der durch den Anspruch auf eine wissenschaftliche Politikfundierung und die forcierte Produktion von sogenanntem »Petroknowledge« (sowohl herstellungspraktisch als auch in akademischen Analysen) gebändigt werden sollte. Das Erdöl erweist sich insgesamt als signifikantes Exempel für die in dieser Transformationsphase stattfindende Verwissenschaftlichung der Politik und die gegenläufige Politisierung der Wissenschaft.

Von bereits vorliegenden Studien hebt sich der Autor in dreifacher Hinsicht ab: Erstens folgt er systematisch wissenschaftlichen und transnationalen Fragestellungen, welche das Thema auf eine innovative Weise neu rahmen. Zweitens fokussiert er auf politisches Handeln und die Praxis einer Vielzahl von individuellen und institutionellen Akteuren mit unterschiedlichen, divergierenden, auch antagonistischen Interessen, was die ereignisgeschichtliche Dynamik auf neue Weise nachvollziehbar macht. Voraussetzung dafür war wiederum – drittens – eine breite Quellenfundierung der Untersuchung, für die bisher unerschlossene Archivbestände aus der BRD, den USA und Großbritannien ausgewertet wurden. Erst aufgrund einer Vielzahl neuer Dokumente wird deutlich, wie mit dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Förderländern und Ölfirmen im Oktober 1973 auch ein komplexer Kommunikations- und Interaktionszusammenhang zerstört wurde, mit dem Resultat eines ebenso irritierenden wie inspirierenden Nichtwissens.

Im breiten Kontext der Untersuchung zeigt sich, dass die sich bereits 1971 ankündigende und 1973 in eine als dramatisch wahrgenommene Akutphase übergehende Erdölkrise einen weit über Energiefragen hinausgehenden Destabilisierungseffekt hatte und damit Wandel in unterschiedlichen

Bereichen auslöste. Die Knappheit des Öls fungierte als Katalysator für die Karriere zukunftsweisender Konzepte von Wirtschaft, Gesellschaft, Staatlichkeit und Souveränität. Im Moment des Mangels offenbarten sich neue Einsichten in die materiellen und mentalen Bedingungen moderner Gesellschaften, und in der Ökonomie, der Soziologie und der Anthropologie stieß »die Denkfigur der gesellschaftskonstituierenden Kraft der Energie« auf eine bisher nicht gekannte Resonanz. Es brach sich, befeuert durch die Club-of-Rome-Studie *Grenzen des Wachstums*, ein ökologischer Grenzdiskurs Bahn, der das Bild eines »Raumschiffs Erde« plausibilisierte und den Übergang von der Frontier-Ideologie einer »cowboy-economy« hin zu einer »spaceman economy« nahelegte.

Gleichzeitig wurde eine Transformation der internationalen Ordnung konstatiert; der außenpolitische Realismus, der im Machtspiel zwischen souveränen Staaten den entscheidenden Faktor der Globalpolitik sah, geriet unter Druck. Maßgeblichen Beobachtern erschien die Ölkrise »als ein entscheidender souveränitätsgeschichtlicher Wendepunkt, und zwar nicht nur der Geschichte westlicher Industrienationen, sondern auch der Welt insgesamt«. Dabei wurde vor allem in den multinationalen Ölkonzernen eine Gefahr für die nationale Souveränität und auch für die nationalstaatlich verfassten Demokratien gesehen. Diese Bedrohungsszenarien interagierten wiederum mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der die Regierungen für immer weitere Schwachstellen und Gefahrenquellen sensibilisierte und das Bedürfnis nach Normalität inmitten einer Umbruchphase verstärkte.

Die Studie schildert die Transformationsphase der beginnenden 1970er Jahre überzeugend und mit hohem empirischem Auflösungsvermögen. Dadurch können bisher kaum beachtete Prozesse und entscheidungsrelevante Persönlichkeitsfaktoren sichtbar gemacht werden. Einwenden lässt sich zweierlei. Erstens hätte sich mit einer differenzierenden Analyse der Konstellation

des Kalten Krieges ein weiterer Erkenntnisgewinn realisieren lassen. Zeitgenössische Beobachter stellten fest, dass die Ölkrise klassische Analyseparameter der internationalen Beziehungen verschob und sich nicht mehr allein durch das »Prisma der Supermacht-konfrontation« wahrnehmen ließ (so Linda B. Miller 1977). Tatsächlich verhinderte die Blockbildung zwischen Ost und West gerade nicht, dass sich die Sowjetunion seit Mitte der 1960er Jahre als vergleichsweise zuverlässiger Energielieferant profilieren und die Krise der Jahre 1973/74 für eine Annäherung an das westliche Bündnis nutzen konnte. Dieser Vorgang fügt sich bestens in das von Rüdiger Graf gezeichnete Bild ein und stellt eine eindimensionale Bipolaritäts-These in Frage. Von Interesse wäre zweitens ein stärkerer Einbezug der Kontroversen um das »friedliche Atom« gewesen, das im Schatten der Ölkrise besondere Strahlkraft entfalte und die energiepolitischen Debatten der letzten Jahrzehnte mitprägte. Diese Erweiterungen stellen freilich Desiderata dar, deren Bedeutung vor dem Hintergrund der ausgezeichneten Studie überhaupt erst sichtbar wird.

JAKOB TANNER (ZÜRICH)